

11 „Ohne Festakt beginnt die Uni mit ihrer Arbeit“

Veränderte Rahmenbedingungen bis zur Gründung

Die Rahmenbedingungen, unter denen Schelsky und der 1965 eingesetzte Gründungsausschuss die Planung der Universität vornahm, veränderten sich durch die wirtschaftliche und finanzielle Krise Mitte der 1960er Jahre sowie die als Katalysator für Reformen im Bildungswesen wirkende Studentenbewegung ab 1967/68 zusehends. Die Finanzkrise brachte Ende 1966 das Bielefelder Reformprojekt fast zum Scheitern. Die „Schwaghof-Tagung“ von Gründungsausschuss und Wissenschaftlichem Beirat im März 1967 konnte dann allerdings den Universitätsplänen neue Impulse geben und führte zum Beschluss der Landesregierung vom Oktober 1967, die im wesentlichen auf Schelskys „Grundzüge einer neuen Universität“ vom August 1965 zurückgehenden „Strukturmerkmale“ zur Grundlage der weiteren Planungen der Universität Bielefeld zu machen. Dennoch deutete sich an, dass Schelskys Konzeption sich nicht vollständig umsetzen lassen. Folgerichtig überließ Schelsky im Juli 1967 – bei einer insgesamt pessimistischen Sicht des Universitätsvorhabens – den Vorsitz im Gründungsausschuss dem Juristen Ernst-Joachim Mestmäcker, der damit designierter Rektor der neuen Universität war. Im folgenden Jahr stand durch den Bauwettbewerb und die Grundsteinlegung für das Aufbau- und Verfügungszentrum die äußerliche Form der zu gründenden Universität im Vordergrund, doch die Kritik an der Bielefelder „Luxusuniversität in peripherer Lage“ wurde lauter: sie beteiligte sich in Zeiten der Studentenschwemme nicht an der Entlastung der bestehenden Hochschulen, fördere einseitig die Forschung und „verrate die Lehre“. Die Kritik verfehlte ihre Wirkung nicht, auch wenn sich die Landesregierung verbal hinter die Reformpläne stellte. Als sich im September 1969 die Gremien der Universität Bielefeld konstituierten und im November die neue Universität schließlich durch die Aufnahme des Lehrbetriebs eröffnet wurde, wies diese zwar deutliche Merkmale einer „Reformuniversität“ in Schelskys Sinne auf, wurde aber bereits zum Teil „von den Umständen in das ordinäre westdeutsche Hochschulmilieu zurückgezwungen“ (Lübbe). ■

Nächste Seite oben: Im Gegensatz zu den nüchternen und ohne „Glanz und Gloria“ erfolgenden Eröffnungsveranstaltungen des Jahres 1969 – Aufnahme des Lehrbetriebs am 17. November und Schlüsselübergabe des Aufbau- und Verfügungszentrums am 1. Dezember – ließ es sich die Landesregierung nicht nehmen, die Grundsteinlegung für die Universität Bielefeld am 21. Juni 1968 durch den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Heinz Kühn im feierlichen Rahmen zu begehen. Im Hintergrund (v.l.) Oberbürgermeister Herbert Hinnendahl, Regierungspräsident Ernst Graumann, Kultusminister Fritz Holthoff, Gründungsausschussvorsitzender Ernst-Joachim Mestmäcker und Bauminister Hermann Kohlhasse. Die seit Ende 1966 regierende SPD/FDP-Landesregierung stützte das Reformprojekt, machte jedoch angesichts der enormen finanziellen Belastungen des Landes durch die zahlreichen Universitätsplanungen Abstriche bei den ehrgeizigen Zielen Schelskys. So wurden unter anderem die Studierendenzahlen bereits 1970 auf 5.500 angehoben. Andere Kennzeichen des Reformkonzepts Schelskys wurden nur in Teilen umgesetzt, wie zum Beispiel der jährliche Wechsel von Forschung und Lehre, der auf den neidvollen Protest an anderen Universitäten stieß. Einen privilegierten Bielefelder Sonderweg wollte die Landespolitik nicht zulassen.

Foto: G. Rudolf/Universitätsarchiv Bielefeld.



Krisenstimmung 1966:

Helmut Schelsky an Paul Mikat vom 20. August 1966
(Quelle: Universitätsarchiv Bielefeld, NL Schelsky 1 (Dok. XXVII))

Unbedingt erforderlich scheint es mir zu sein, dem Gründungsausschuß einen Vorsitzenden zu geben, der nicht mit dem Minister identisch ist. ... Ich möchte nur hinzufügen, dass für dieses Amt Herr Conze nicht mehr zur Verfügung steht; dass ich ebenfalls nicht bereit bin, es zu übernehmen ... Schließlich scheint mir der mit dieser Universitätsgründung unternommene Reformversuch der Hochschule zum Scheitern verdammt zu sein, wenn nicht die Hochschulabteilung in ihren für dieses Projekt verantwortlichen Beamten diesen Reformwillen teilt, ja ihn als Modell der von sich aus anzustrebenden Reform der Hochschulverwaltung aufgreift. Davon ist leider nichts zu merken. ... Ich frage mich daher, ob die Arbeit, die ich für die Neugründung dieser Universität leisten kann, nicht bereits geleistet ist und ein unauffälliges Zurücktreten für mich jetzt das beste wäre.

Quelle: Universitätsarchiv Bielefeld, NL Schelsky 1.

Ergebnisniederschrift über die 7. Sitzung des beratenden Gründungsausschusses für die Universität im ostwestfälischen Raum am 10. November 1966 im Kultusministerium Düsseldorf:

„[...] Sodann gibt der Vorsitzende [Mikat] zunächst in Kürze, im späteren Verlauf der Sitzung nach Eintreffen von Professor Conze im Wortlaut den Inhalt eines von Prof. Conze an ihn gerichteten Schreibens wieder, mit dem Prof. Conze darum gebeten hat von den Pflichten als Mitglied des Gründungsausschusses entbunden zu werden. Er teilt weiterhin mit, dass er seinerseits den Ausschußvorsitz niederzulegen beabsichtige. [...]

Tagesordnungspunkt 2: Weitere Arbeit des Gründungsausschusses,

hier: Zusammenfassende Aufbauplanung (1967–1970): Für Bielefeld stelle sich als entscheidende Frage, ob es gelingen werde, für das Jahr 1967 einen konkreten Anfang zu setzen. Sollte im nächsten Jahr praktisch nur mit einem Verwaltungstitel gearbeitet werden können, so schlage er als Vorsitzender [Mikat] des Ausschusses vor, dass der Gründungsausschuß seine Arbeit nicht fortsetze. [...]

Für den Fall aber, dass [die Ausschußarbeit] zum Stillstand komme, halte er es für angezeigt, den Vorsitz zunächst noch beizubehalten, um seinem Nachfolger nicht als einzige Aufgabe die Auflösung des Ausschusses aufzubürden.“

Quelle: Universitätsarchiv Bielefeld, GA/WB 1.





Links: Helmut Schelsky, der Bielefelder Oberbürgermeister Herbert Hinnedahl und Hermann Lübke bei der Eröffnung der Klausurtagung des Wissenschaftlichen Beirates und des Gründungsausschusses im Schwaghof am 9. März 1967.

Foto: Universitätsarchiv Bielefeld, NL Schelsky 49.


Rechts: Schreiben des Dekans der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln an den Kultusminister des Landes vom 8. Januar 1968 zu den Empfehlungen des Gründungsausschusses für die Universität Bielefeld:

„Damit bestätigen sich die Bedenken der Fakultät, daß diese neue Universität keine wesentliche Entlastung der überfüllten Hochschulen im Westen des Landes Nordrhein-Westfalen ... bringen wird.

Bei den gegenwärtigen Plänen des Kultusministers besteht die Gefahr, daß für die Studenten des Landes außerordentlich ungleiche Studienbedingungen geschaffen werden. Auch die Arbeitsbedingungen der Professoren würden auf nicht vertretbare Weise ungleichartig werden.

Grundsätzlich fragwürdig scheint die Konzeption einer Luxusuniversität mit peripherer Lage. ... Schließlich gibt die Fakultät zu bedenken, ob das Land nicht zunächst einmal seine gegebenen Berufungszusagen an die Professoren der bestehenden Hochschulen erfüllen sollte, bevor mit zweifelhaftem Erfolg privilegierte Lehr- und Forschungsmöglichkeiten geschaffen werden.“

Quelle: Universitätsarchiv Bielefeld, KP 83.


 WIRTSCHAFTS- UND SOZIALWISSENSCHAFTLICHE FAKULTÄT
 DER UNIVERSITÄT ZU KÖLN
 - DER DEKAN

An den
 Herrn Kultusminister des
 Landes Nordrhein-Westfalen
 d.d.Hd. des Rektors

25. Jan. 1968
 Gesehen und weitergereicht.
 Köln, den 20. 1. 1968
 Der Rektor

Düsseldorf
 Kultusminister
 23. 1. 68 | 8-9
 DES LANDES
 NORDRHEIN-WESTFALEN

5 Köln, den 8. Januar 1968

Betr.: Planung für den Ausbau der Hochschulen im Lande NRW;
 Empfehlungen des Gründungsausschusses für die Universität
 Bielefeld

Sehr verehrter Herr Minister !

In ihrer Sitzung vom 18. Dezember 1967 hat die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität zu Köln einmütig die folgende Erklärung beschlossen.

Mit großer Besorgnis nimmt die Fakultät Kenntnis von den Plänen des Kultusministers, auf der Grundlage der Empfehlungen der Professoren Mikat und Schelsky bei der neu zu gründenden Hochschule in Bielefeld einen numerus clausus von 3.600 bis 4.200 Studenten im Endausbau vorzusehen. Damit bestätigen sich die Bedenken der Fakultät, daß diese neue Universität keine wesentliche Entlastung der überfüllten Hochschulen im Westen des Landes Nordrhein-Westfalen und allgemein für die Abiturienten des Ruhrgebiets bringen wird.

Die für die neue Hochschule in Bielefeld vorgesehene Richtzahl von 30 Studenten je Ordinarius wird grundsätzlich begrüßt. Sie sollte aber gleichzeitig für alle Hochschulen des Landes angestrebt werden. Bei den gegenwärtigen Plänen des Kultusministers besteht die Gefahr, daß für



IM JAHRE 1968

als Dr. h. c. Heinrich Lübke Bundespräsident war, Dr. h. c. Kurt-Georg Kiesinger Bundeskanzler, Heinz Kühn Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Fritz Holthoff Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Hermann Kohlhaase Minister für Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten des Landes Nordrhein-Westfalen, Herbert Hinnendahl Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld und Heinz Robert Kuhn Oberstadtdirektor der Stadt Bielefeld,

wurde am 21. Juni der Grundstein zum Aufbau- und Verfügungszentrum, dem ersten Gebäude der

UNIVERSITÄT BIELEFELD

gelegt und diese Urkunde von Ministerpräsident Heinz Kühn in den Grundstein eingemauert.

Der Landtag und die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hatten im Jahre 1964 beschlossen, im ostwestfälischen Raum eine Universität zu gründen, und im Jahre 1966 hierfür Bielefeld als Standort bestimmt. Der Gründungsausschuß für die Universität Bielefeld unter Vorsitz von Professor Dr. Ernst-Joachim Meßmacker und der Wissenschaftliche Beirat des Gründungsausschusses haben die Landesregierung bei der Planung der Universität beraten. Die Stadt Bielefeld hat vielfältige entgegenkommende Hilfe geleistet. Möge der Aufbau der Universität Bielefeld, der mit dieser Grundsteinlegung begonnen worden ist, glücklich vorstattengehen und sich glücklich vollenden.

Ministerpräsident
des Landes Nordrhein-Westfalen

Kultusminister
des Landes Nordrhein-Westfalen

Minister
für Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten
des Landes Nordrhein-Westfalen

Die anlässlich der Grundsteinlegung für das Aufbau- und Verfügungszentrum der Universität Bielefeld am 21. Juni 1968 angefertigte Pergamenturkunde.

Foto: Stadtarchiv und landesgeschichtliche Bibliothek Bielefeld.





Gründung der Universität Bielefeld am 5. September 1969. Im Großen Sitzungssaal des Rathauses der Stadt Bielefeld konstituierte sich der Senat und wählte den Juristen Ernst-Joachim Mestmäcker (im Hintergrund) zum ersten Rektor.



Foto: G. Rudolf/Universitätsarchiv Bielefeld.

Lippische Landeszeitung
v. 6.11.69/ 257



Universitätskanzler Dr. Firnhaber (links) und Prorektor Prof. Dr. Grote Meyer:
Den Arbeitsstil sichtbar machen.
(Foto: Kölling)

Die „Reform-Universität“ beginnt ohne Festmusik und schöne Reden

Zur Inbetriebnahme am 17. November ist auch die „interessierte Öffentlichkeit“ in Lippe geladen — Mathematiker der Oberschulen sind zur Mitarbeit aufgerufen — Der neue Arbeitsstil in Bielefeld

Detmold/Bielefeld. Die Universität in Bielefeld versteht sich als „Reform-Universität“. Bereits bei der Aufnahme des Studienbetriebs am 17. November wird sie deutliche Reform-Akzente setzen: Sie will auf schöne Reden, festliche Musik und Talare verzichten, sich statt dessen ihren Studenten und der Öffentlichkeit in einer Form vorstellen, die den Arbeitsstil dieser Reform-Universität sichtbar machen soll.

Das kündigten gestern der Prorektor Prof. Dr. Grote Meyer und der Universitätskanzler Dr. Firnhaber vor der Presse an. Befragt nach den Absichten, künftig auch außerhalb Bielefelds sich der Öffentlichkeit zu stellen und wirksam zu werden, betonten beide, daß die Universität gut daran tun werde, öffentliche Veranstaltungen, Universitätstage und -wochen z. B. in Lemgo, Detmold und Lage abzuhalten.

Am 17. November, termingerecht nach einer „nicht unerheblichen Leistung des Staatshochbauamtes“, wird zunächst der Lehrbetrieb im Aufbau- und Verfügungszentrum an der Voltmannstraße in den Fakultäten für Mathematik, für Rechtswissenschaft und Soziologie aufgenommen. Man verzichtet auf Festreden. Um 11 Uhr wird im fünften Stock des Fakultätsgebäudes sich die Fakultät für Mathematik ihren Studenten bekannt machen, um 15 Uhr stellen sich die beiden anderen Fakultäten vor. Es werden keine namentlichen Einla-

dungen verschickt, eingeladen ist die „interessierte Öffentlichkeit“.

Ohne „Glanz und Gloria“, ohne geladene Gäste erfolgt einige Tage später auch die Schlüsselübergabe. „Hier soll schon zu Beginn unser Arbeitsstil sichtbar werden“, sagte dazu Prorektor Dr. Grote Meyer. Wie man hier bereits der Öffentlichkeit Gelegenheit gebe, sich zu informieren, so werde man auch in Zukunft bei öffentlichen Abendveranstaltungen verfahren. „Denn zur Gründung und Arbeit einer Reform-Universität gehören die kontinuierliche Beobachtung und öffentliche Diskussion der Gründungskonzeption wie der Arbeitsmethoden und der Arbeitsziele. Unser eigenes Tun muß Gegenstand einer permanenten kritischen Untersuchung sein.“

Deshalb wird es (Dr. Grote Meyer: Nicht der Apo wegen) nicht „Händel vorne und hinten und in der Mitte schöne Reden geben“, wie Kanzler Dr. Firnhaber sagte, der seine Worte jedoch einschränkend als „laxe Formulierung“ bezeichnete.

Öffentliche Abendveranstaltungen, „Tage der offenen Tür“ mit dem Zweck, ständig auch über künftige Planungen zu unterrichten, das sind Absichten, die vor allem bei uns in Lippe wie überall außerhalb Bielefelds sicher besonderen Beifall finden werden.

Wenn auch der Briefkopf die knappe Bezeichnung „Universität Bielefeld“ trägt (nach Aussage der Professoren nur ein praktischer Arbeitstitel), sieht man doch den Auftrag, so wird versichert, auf den gesamten ostwestfälisch-lippischen Raum bezogen. Konkrete Vorstellungen bestünden zwar zur Zeit aus verständlichen Gründen noch nicht, aber mit Sicherheit werde

man auch in Lippe von Zeit zu Zeit präsent sein.

Bemerkenswert ist, daß inzwischen im Rahmen der vorgesehenen Lehrerfortbildung die Mathematiklehrer aller Oberschulen zu einer Informationsveranstaltung am 11. November eingeladen sind. Dabei geht es nicht nur um die Information, man will auch versuchen, die Lehrer zur Mitarbeit zu gewinnen, zu veranlassen, in ihren Schulen z. B. neue Lehrmethoden zu entwickeln.

Das gehört zu den Plänen des Pädagogen Hartmut von Hentig, der in Bielefeld in gemeinsamer Verantwortung mit der Pädagogischen Hochschule Projekte der Lehrerbildung erarbeitet, die Fachdidaktik im Rahmen des Universitätsschwerpunktes „Wissenschaftsforschung“ vertritt und ein Oberstufenkolleg sowie als Laborschule eine Gesamtschule in unmittelbarer institutioneller Verklammerung mit der Universität plant. Hier mitzuwirken, das ist zweifellos auch eine Chance für alle mit dem Bildungswesen Befassten in Lippe.

— ng



Die „Reform-Universität“ beginnt ohne Festmusik und schöne Reden: Eröffnung der Universität durch die Aufnahme des Lehrbetriebs am 17. November 1969 im Aufbau- und Verfügungszentrum an der Kurt-Schumacher-Straße.

Oben: Die Fakultät für Rechtswissenschaft trug tatsächlich eine Lehrveranstaltung zur Eröffnung der Universität bei. Günther Dickels Vorlesung „Rechtsgeschichte I“ bedeutete die erste Vorlesung der Universität überhaupt.



Mitte: Die Fakultät für Soziologie traf sich am Eröffnungstag zu einer Fakultätskonferenz, im Hintergrund als Teilnehmer Helmut Schelsky, der in der *Neuen Westfälischen* vom 15. November 1969 schrieb: „Die neue Universität beginnt ihren Lehrbetrieb ohne jede Feierlichkeit in nüchterner Arbeit. Es scheint dies zum Charakter als Reformuniversität zu passen. Man könnte allerdings auch anderer Meinung sein: selbst akademische Feierlichkeiten ließen sich reformieren; an Stelle von bombastischen Begrüßungs- und Jubelreden mit Talaraufmarsch und Orchesterbegleitung hätte vielleicht eine sachlich-nüchterne Besinnung – modern gesprochen ‚kritische Reflexion‘ – auf das treten können, was mit dieser Universitätsgründung erreicht und was noch zu tun ist.“



Unten: Die Fakultät für Mathematik traf sich zu einer „informellen Zusammenkunft“. Rechts stehend Andreas Dress, seinerzeit Deutschlands jüngster Universitätsprofessor und Jürgen Heinrich, der spätere Rektorreferent, Planungsdezernent der Universität und der Stadt Bielefeld.

Fotos: Preker/Universitätsarchiv Bielefeld.



Oben: Den Schlüssel zur Universität Bielefeld übergibt Landesbauminister Hermann Kohlhase am 1. Dezember 1969 an den amtierenden Rektor Karl Peter Grottemeyer.

Foto: Preker/Universitätsarchiv Bielefeld.



Oben: Nach der Wahl des neuen Rektors Karl Peter Grottemeyer am 5. März 1970 unterhalten sich Gründungsrektor Ernst-Joachim Mestmäcker, der frisch gewählte Rektor und der in der Öffentlichkeit lange Zeit für dieses Amt gehandelte Planer der Bielefelder Universität Helmut Schelsky. Im Hintergrund als Zuhörer der Dekan der Fakultät für Rechtswissenschaft Jochen A. Frowein. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich Schelsky schon deutlich von seinem Bielefelder Reformprojekt distanziert. 1969 legte er mit der Publikation „Abschied von der Hochschulpolitik – Die Universität im Fadenkreuz des Versagens“ eine bittere Bilanz vor und zog sich im Januar 1970 aus der Fakultätsarbeit in der Soziologie zurück. Kurze Zeit später folgte ein sehr pessimistisch anmutender Nachtrag zu „Einsamkeit und Freiheit“.

Foto: G. Rudolf/Universitätsarchiv Bielefeld.